

Grundstein

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN BAUGEWERKSBUDES

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, und Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putz- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, für Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Terrazzo-Arbeiter

Herausgeber: Deutscher Bauwerksbund, Berlin SW 68, Friedrichstraße 5-6. Fernsprecher: A7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postscheckkonto: Berlin Nummer 65232. Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis je Monat 1.- Mark (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Redaktionsschluss Montag früh. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Depositenkasse Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Deutscher Bauwerksbund, Zentrale. Geschäftsanzeigen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 48

NUMMER 6 BERLIN DEN 11. FEBRUAR 1933 46. JAHRGANG

Verbrüderung der Junker und Hakenkreuzler

Es ist vollbracht! Die Harzburger nationale Front hat sich wiedergefunden. Aller giftiger Haß und Zank um die staatlichen Futterkrippen ist wie weggeblasen. Hitler ist Reichskanzler. Und Vizekanzler ist Papen. Jener Papen, der im letzten Reichstagswahlkampf von den Nationalsozialisten aufs heftigste beföhlet wurde und über dessen staatsmännische Absichten und Fähigkeiten ein Naziflugblatt, verfaßt von dem prominenten Nazihauptling Heinrich Vetter, folgendermaßen urteilte: „Papen: Das heißt deutschnationale Reaktion. Deutschnationale Reaktion heißt: Enttredung, Dreiklassenwahlrecht, Fronddienst, Klassenkampf, Unfähigkeit, Vernichtung der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Massenelend, Bolschewismus!“

Aehnlich und mitunter noch saftiger klang es aus dem gesamten Blätterwalde der Nationen. Papen war für sie die Ausgeburt schwärzester Reaktion. Und heute? Die Schaumschlägerei für Dumme hat ein Ende. Heute sind Hitler und Papen ein Herz, eine Seele, ein Wille, ein Weg. Schon in unserer Nr. 3 sagten wir, Papen und Hitler seien in ihrer politischen Zielsetzung die gleiche Nummer...

Wer die politischen Vorgänge aufmerksam verfolgte, sah diese Verbrüderung zwischen Junkertum, Schwerindustrie und Hakenkreuz voraus. Im Grunde dieser eng verknüpften Herzen herrschte von jeher der gleiche Trieb: Unbezähmbare Herrschsucht, Gegnerschaft aller Volksrechte, Verachtung der Massen, Todfeindschaft gegenüber der Verfassung von Weimar, Lohnabbau und Beseitigung des Wohlfahrtsstaates, soweit er für die unheimlichen Volksschichten da ist. Dafür unermeßliche Liebesgaben ohne Rückzahlungsverpflichtung für die hochgeborenen Nutznießer des neuen Regimes...

Wie das kam? Seit Jahren wurde von rechts und links gegen die Republik gehetzt. Für jedes aus der Kriegsniederlage resultierende Uebel — verschuldet durch jene Kaste, die heute wieder am Reichsruder sitzt — wurde die Republik verantwortlich gemacht. Und als dann auch noch die Privatwirtschaft versagte, als das Massenelend schon bis in die Wolken stank, da fanden jene aus der Luft gegriffenen und wissentlich falschen Anschuldigungen auch Anklage bei Leuten, die früher noch halbwegs vernünftig denken konnten. Der knallige Theaterdonner der Nationen vermischte mit dem fortgesetzten Verratsgeschrei von links — land bei den Massen immer mehr Anklage. Die Agitationsweise der Nationen war ebenso skrupellos wie einfach: Man versprach jedem, sobald Hitler an der Macht sei, das Himmelreich auf Erden. Auf diesen faulen Köder biß das Heer der Bauern und Büdner, der Händler, Hausbesitzer und Gewerbetreibenden, ja bissem auch viele hungrige Proleten an. Allen geht es schlecht. Im Hintergrunde aber standen Landjunker und Industriearbeiter, lachten sich ins Fäustchen, klatschten ihren Zutreibern vom Hakenkreuz Beifall und lauerten auf den Tag der Ernte. Schließlich wurden die Hakenkreuzler die stärkste politische Partei in Deutschland. Damit war der Reichstag, da seine Mehrheit aus Gegnern des Parlamentarismus bestand, zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Nunmehr setzte die Aera der Notverordnungen ein. Unter Brüning entsprach sie immer noch notdürftig den Bestimmungen der Reichsverfassung. Dann aber kam die Aera Papen. Die Karten der Reaktion wurden glatt aufgedeckt. Die Herrenklübler machten jedoch den Fehler, die Manager der Nationalsozialistischen Partei, nachdem sie die „feinen Leute“ in den Sattel gehoben, in den Schmollwinkel zu stellen. Darob großer Krach. Grimmige Fehdeansage der Hitler und Goebbels gegen Papen und Genossen. Und da der Herrenkreuzer noch außerdem eifrigst bemüht war, durch Rundfunk- und andere Reden den breiten Massen immer wieder vor den Kopf zu stoßen, verschwand er eines schönen Tages sang- und klanglos in der Versenkung. Ihm folgte Schleicher. Aber obwohl auch er vor grünem Holz am Baume der Reaktion, zeigte er sich doch in manchen Dingen den Massen gegenüber nachgiebiger als Papen. Diese Politik verschmupfte arg die „feinen Leute“. Schleicher fiel bei ihnen in Ungnade. Man erzwang den Frieden mit Hitler. Es kam zur berühmten Zusammenkunft zwischen Papen

und Hitler unter den Fittichen des Bankmagnaten v. Schröder in Köln. Das Kriegsbeil wurde nach der Devise „Teile und herrsche“ begraben und Schleicher durch die Koalition der Hakenkreuzler, der Hugenberger und Dingeldeyer abgehalftert. Die Ministerportefeuilles wurden verteilt, wobei allerdings an der Zahl gemessen die Hitlerleute schlechter wegkamen als die Herrenkreuzer und Herrenklübler...

Nun haben wir die neue Regierung. Wir hören zu unserm Erstaunen, sie sei gewillt, sich streng im Rahmen der Reichsverfassung zu bewegen. Leider sind wir so verstockt, hinter diese Versicherung ein Dutzend riesiger Fragezeichen zu setzen. Wir kennen die Fülle der neuen und alten Gesichte in dieser neugebackenen Reichsregierung. Diese Fülle gibt Anlaß zu ärgstem Mißtrauen. Wir kennen Papen, der bereits während seiner Sommerkanzlerschaft immer wieder mit Emphase versicherte, er habe den Willen und auch die Macht, die Weimarer Verfassung umzukrempeln. Wir kennen Hitler und den neuernannten Reichswirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hugenberg als Todfeinde jedes parlamentarischen Systems. Wir kennen den neuen — o Ironie der Geschichte! — „Reichsarbeitsminister“ Seldte, der als Stahlhelmführer, wenn er auch nichts von Sozialpolitik und Arbeitsrecht versteht, immerhin „gut zollerisch“ eingestellt ist. Wir kennen die Göring, Frick und Genossen zur Genüge, um zu erkennen, daß auch sie Feinde des parlamentarischen Systems und zünftige Verherer und Anhänger der unbeschränkten Junker- und Geldsackherrschaft sind. Die Zusammensetzung dieser Reichsregierung ist noch reaktionärer als selbst jene Regierung in der Vorkriegszeit. Von ihr hat das deutsche Volk absolut nichts zu erwarten, es muß sich im Gegenteil auf allerlei Überraschungen gefaßt machen. Ein Glück für die Arbeiter- und Angestelltenenschaft, daß die Gewerkschaften aller Richtungen in diesen kritischen Zeiten von einem Willen beherrscht erscheinen und dies durch unzweideutige Kundgebungen erhärtet haben. Diese Regierung ist eine Regierung gegen die Volksinteressen. Die Gewerkschaften werden

ihr Pulver trocken halten müssen. Der enge Rahmen der Legalität wird für sie gelten, solange sich diese Regierung im Rahmen der Reichsverfassung hält und solange die Provokationen der Hakenkreuzler ein gewisses Maß nicht überschreiten. Gegen unbedeutende und herausfordernde Übergriffe aber werden sich die Gewerkschaften zu wehren wissen. Das sei an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit ausgesprochen.

Die Zukunft Deutschlands hat sich nun noch um einige Töne dunkler verfärbt. Im Rundfunk wurde allerdings am ersten Tage der Reichskanzlerschaft Hitlers „hoffnungsfroh“ verkündet, Hitler werde das deutsche Volk „besseren“ Zeiten entgegenführen. Ähnliches hörten wir schon mal von Wilhelm von Doorn. Außerdem wurde am gleichen Tage rundfunklich versichert, in kürzester Zeit würden nunmehr alle Arbeiter und Angestellten wieder an ihre Arbeitsstätten zurückgeführt werden. Das ist wundervolle Zukunftsmusik. Wir hörten sie schon einmal — in junkerlicher Vertonung — von Papen; wir hörten sie auch von Schleicher. Wir hören wieder die Botschaft, doch wieder fehlt uns der Glaube. Die Wirtschaft geht nämlich an derer Wege. Und wir sehen bei Hitler, Papen, Hugenberg und Seldte keinen Ausweg aus dem wirtschaftlichen Schlamassel. Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun kann Deutschland daraus erlösen, wenn das Reichsruder nicht zur sozialistischen Planwirtschaft herumgerissen wird. Daran ist aber nicht zu denken. Die Hitler- und Papenleute sind trotz ihrer verschiedenen Etikettierung grimmige Feinde jeder sozialistischen Anwendung. Deshalb wird es bei leeren Versprechungen bleiben müssen. Das einzig Gute dürfte aus der Regierung Hitler-Papen herauspringen, daß angesichts der praktischen Tätigkeit dieses Reichskabinetts vielen politisch Verirrten, soweit sie nicht gänzlich veragelt sind, die Augen aufgehen dürften über die Fata Morgana, die man ihnen ebenso unverfroren wie leichtfertig fortgesetzt vorgespiegelt hat. Vielleicht kommt auf Grund solcher Erkenntnis dann wieder einmal die Verfassung von Weimar zu besserem Ansehen!

Statt Arbeit und Brot Wahlzettel!

Was Hindenburg Schleicher nicht erlauben wollte, hat er Hitler zugestanden. Der Reichstag ist aufgelöst. Voraussichtlich am 5. März treten die deutschen Wähler und Wählerinnen wieder einmal an die Wahlurne. Inzwischen hat auch der Reichskanzler Hitler rundfunklich einen Aufruf der Reichsregierung verkündet. Wir lauschten gespannt und wurden enttäuscht. Wir hörten nämlich nur eine der herkömmlichen nationalsozialistischen Agitationsreden. So stellte sich Hitler dem deutschen Volke vor. Und man untersucht den Inhalt dieser rednerischen Kraftleistung, laßt sich an den Kopf und fragt sich, wie es möglich sei, daß ein Mann von solchen subalternen Qualitäten in das hohe Amt eines Kanzlers des Deutschen Reiches hineingerutschen konnte. Wir erwarteten die Schulblöde verborgenen gehalten, mit dem er erst herausrücken wollte, wenn er Reichskanzler sei. Aber wir hörten nur etwas von der „schönen“ Aussicht auf Arbeitsdienstpflicht und von einem Russen Stalin ausgehenden Schlagwort: Von einem Vierjahresplan, der in vier Jahren alle Arbeiter wieder in Arbeit und alle Bauern wieder zu Wohlstand bringen solle. Nur vier Jahre! Nur vier Jahre soll noch gelungert werden! Und wie dann alles wieder zu Frohsinn und Wohlstand kommen soll, das bleibt nach wie vor Hitlers Geheimnis. Wir hörten also nur die alte nationalsozialistische Walze skrupelloser Versprechungen — diesmal mit hinausgeschobener Zielsetzung — zur Auffrischung des Wunderglaubens jener, die nicht alle werden...

das Staatsruder ausschließlich in den Händen und besetzten alle einflußreichen und natürlich gut bezahlten Ämter. Hitler wäre ohne „Novemberverbrechen“ nie deutscher Reichskanzler geworden. Die Weimarer Verfassung hatte eben gleiches Recht und Demokratie auch für die Arbeiter verkündet. Das alles weiß Hitler nicht. Er schmückt die Marxisten und gibt ihnen — ein weiterer reaktionärer Ladenhüter — die Schuld an der Kriegsniederlage und dem Niedbruch Deutschlands, obwohl die Schuldigen am Krieg und an der Kriegsniederlage in den Reihen jener eng abgegrenzten Kaste sitzen, die heute Hitlers engste Verbündete sind. Das sind dieselben Leute, die während des Krieges — wie Oldenburg-Januschau — ihre Felder nicht bestellen und lieber das Volk hungern ließen, dieselben Leute, die sich heute am Osthilfeskandal geübt und gemacht haben. Hitler weiß auch anscheinend nichts vom Ruhrkrieg und der Inflation unter der Kanzlerschaft des Volksparteilers Cuno, die Deutschland ebenfalls an den Rand des Abgrunds gebracht haben...

Dieser neueste Kanzler des Deutschen Reiches machte sich einer weiteren Geschichtsverdröbung schuldig, als er erklärte, die marxistischen Parteien hätten 14 Jahre lang in Deutschland regiert. Dabei steht aktentüchtig und geschichtlich fest, daß während dieser 14 Jahre Sozialdemokraten nur insgesamt rund fünf Jahre in der Reichsregierung saßen, und zwar in Verbindung mit Vertretern bürgerlicher Parteien, während die letzteren insgesamt neun Jahre lang allein das Staatsruder führten. Dazu gehörten neben dem Zentrum und den Demokraten auch die Wirtschaftspartei, die Deutsche Volkspartei und die engen Verbündeten Hitlers von heute, die Deutschnationalen. Das alles wären nach Hitler marxistische Parteien. Zum Teufel, hält man das deutsche Volk für so sandum, auf solche üblen Fastnachtsscherze hereinzufallen?

Eine weitere, die Verunft und wahre Erkenntnis geradezu auf den Kopf stellende Behauptung Hitlers war, den marxistischen Parteien auch die Schuld an der Arbeitslosigkeit an die Rockschieße zu hängen.

der Er-
er Kunst,
Freizeit,
hmenanf-
ngenssen,
d geschil-
gegenwart,
dem, der
speudet.
der
ahre.
20 J.
72 J.
realt.
58 J.
e alt.
re alt.
ahre.
38 J.
54 J.
ahre.
75 J.
ahre.
44 J.
ahre.
ahre.
chatt,
ahre.
92 J.
re af.
re alt.
re alt.
27 J.
ahre.
re alt.
70 J.
re, 54 J.
ahre.
re alt.
acht-
ahre.
ersamm-
nd Kassen-
der Revi-
nen.
M. B. H.
Uhr,
Revision-
Entlastung
enden Vor-
enden Auf-
or der Ge-
sichtsrats.
federaln
Beitrag
ntwische
Haumige,
Mk. leinst.
fiedern
pfedern,
Mk. weil
3,25 Mk.,
and jeder
d auch
dz zurück.
Böhmen.
infüße Ge-
de Baul-
and jeden
durch den
und teane
fiben (von
Rur mit
36 bei
zuprobis,
fiffrungs-
n totenfos.
Berlin SW 68

Nichts über die durch den Weltkrieg zerrissenen Weltwirtschaftsfäden, nichts über die zweifelhaften und unfähigen Wirtschaftsführer wie Lahusen und Konsorten, nichts über Bankzusammenbrüche, nichts über Autarkiebestrebungen, nichts über die fortschreitende Technisierung und Mechanisierung in der Industrie, die immer mehr Arbeitskräfte überflüssig macht. Dieser „Führer“ gibt sich nicht die Mühe, auch nur einmal nach Amerika zu schauen, wo die Arbeitslosigkeit in gleicher Weise wie in Deutschland wütet, obwohl doch dieses Land hochkapitalistisch und nicht im geringsten „marxistisch“ angekränkt ist. Dieser „Führer“, der sich immer noch Führer einer sozialistischen Arbeiterpartei nennt, begreift nicht einmal im Traum, daß an der riesenhaften Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern der Welt das kapitalistische Wirtschaftssystem die Schuld trägt! Aber das darf der Mann ja nicht sagen! Er steht ja eng im Bunde mit den prominentesten Vertretern dieses Systems. Und wie weggeblasen ist sein feierlich und oft angekündigter Kampf gegen das raffende Kapital, gegen die Bank- und Börsenfürsten. Deshalb läßt er diesen windigen nationalistischen Agitationsschlag los, der allen feinen Leuten wohlgefällt...

Hitler will in vier Jahren die Arbeiter und Bauern retten. Wie denn, Herr Reichskanzler? Im Verein mit dem Wirtschaftsdiktator Hugenberg und dem „Arbeitsminister“ Seldte, im Verein mit den feinen Leuten vom Herrenklub? Lag diesen Herren nicht stets nur am eigenen Wohle, piffen sie nicht schon immer auf die Geschicke der Arbeiter?

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu vorcilligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten!

Berlin, den 30. Januar 1933.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände

Bundesausschuß des ADGB. und Hitler-Regierung

Zum 31. Januar hatte der Vorstand des ADGB. seinen Bundesausschuß zu einer Sitzung nach Berlin berufen. Leipart berichtete über die Entwicklung der politischen Lage. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften hatten sich am 28. und 30. Januar bemüht, beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um im Sinne ihrer veröffentlichten Erklärung auf ihn einzuwirken. Der Reichspräsident hat die Vertreter der Gewerkschaften nicht empfangen. Leipart erinnerte auch an den Briefwechsel des Reichspräsidenten mit Hitler vor einigen Monaten. Im November lehnte Hindenburg ab, Hitler das Reichskanzleramt anzuvertrauen. Er stellte ihm vielmehr damals strengere Bedingungen als jemals einem früheren Kanzlerkandidaten. Diesmal war es Hitler leichter, über den breiten Rücken der Junker in die Amtlichkeit zu gelangen. Von der Hitler-Regierung sei sozialpolitisch nichts zu erwarten. Dies zeige das Verhalten des Reichsarbeitsministers, zeigen die sachlichen Umgruppierungen im Reichsarbeitsministerium und im neu gebildeten Krisenministerium. Die Haltung gegenüber einer Persönlichkeit wie dem Staatssekretär Grieser lasse die innere Einstellung des neuen Arbeitsministers klar erkennen. Auch die Einordnung der Tarifabteilung in das Krisenministerium Hugenbergs lasse keinen Zweifel, wohin der Kurs gehen soll. Keine staatliche Lohnpolitik, vielleicht auch keine Schlichtung mehr, selbst in dem jetzt schon entarteten Sinne! Auf andern Gebieten des Tarifrechts werde die gewerkschaftsfeindliche Haltung des neuen Mannes bald genug hervortreten. Die Arbeiterschaft werde nunmehr mehr als je auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sein. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften zu dieser Regierung in Opposition stehen, was allerdings nicht verhindern wird, die Interessen der Arbeiterschaft auch gegenüber dieser Regierung zu vertreten. Die Gewerkschaften werden die Ansprüche der Arbeiter auf Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft mit gleicher Entschiedenheit und Entschlossenheit wie früher weiter verteidigen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Graßmann zeigte verschiedene Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Heute kommt alles auf die Geschlossenheit der Organisationen auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften an. Dieser Gedanke sei bestimmend für die Haltung der Gewerkschaften gegenüber jeder Partei, die sich etwa das Recht zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen anmaßen möchte.

Die Aussprache ergab die einmütige Uebereinstimmung aller Verbandsvertreter mit der zum Vortrag gebrachten Haltung des Bundesvorstandes. Die Gewerkschaften stehen bereit, wenn nötig jeden Tag, neue Entscheidungen zu treffen. Gefühlsmäßige Gesichtspunkte dürfen dabei nicht in Betracht kommen. Gewiß, die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie den Geist der deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen hat und gewerkschaftlich geschult ist, möchte sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen. Das ist menschlich begreiflich, aber sachlich falsch. Die Gewerkschaften würden sich selbst und nicht zuletzt die deutsche Arbeiterschaft schwer schädigen, wenn sie impulsiv handeln würden. Mit Ruhe und Zuversicht müsse das weitere abgewartet werden. Die bloße Tatsache des Bestehens einer Hitler-Regierung dürfe für verantwort-

Und dann sprach Hitler gegen den Klassenkampf und nannte sich den Führer einer Regierung des nationalen Zusammenschlusses. Im gleichen Atemzuge aber kündigte dieser Mann schärfsten Klassenkampf jenen Volksschichten an, die seinen Rattenfangertönen nicht folgen wollen, und drohte ihnen mit unerbittlicher Vernichtung. Er wettete gegen den Bolschewismus, obwohl dieser nur erfolgreich bekämpft werden kann durch echte Demokratie, deren Todfeinde die Hitler und Papen sind. Und in bombastischen Tönen sprach Herr Hitler von der „roten Fahne der Vernichtung“. Wir kennen diese Fahne, sie trägt in der Mitte das Hakenkreuz. Und nicht zum Aufbau, sondern nur zur Vernichtung hat bisher diese Fahne geführt. Sie hat mit Terrorismus, Zerstörung, Raub und Totschlag die deutschen Volksgenossen durcheinander gehetzt und beunruhigt noch heute mit gleichen Waffen das schwergepuffte deutsche Volk.

Das war der Inhalt des „Aufrufs“ der Männer um Hitler und Papen. Es war eine mit geschichtlichen Irrtümern und falschen Schlussfolgerungen gespickte nationalsozialistische Agitationsrede. Und sie bot statt Arbeit und Brot Wahlzettel. Am 5. März soll wieder einmal ein neuer Reichstag gewählt werden. Wenn nun an diesem Tage Arbeiter und Arbeiterinnen auf die naiven Locktüne der Hitler und Papen immer noch hereinfallen, dann wäre ihnen nicht mehr zu helfen. Wir organisierten Arbeiter wissen, was wir wollen. Jawohl, wir gehen nach dem Ratschluß der hohen und höchsten Herrschaften am 5. März wieder einmal an die Wahlurne. Und wir werden ihnen die rechte Antwort nicht schuldig bleiben!

lungsreiche Aktionen nicht entscheidend sein. Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands kennt ihre Kraft, sie bedarf keiner großen Geste, sie beruht auf fester Grundlage.

Zum Schluß zog Leipart aus den Vorträgen und der Aussprache ein Resümee: Die gegenwärtige Regierung mag in rücksichtsloser Ausnutzung ihrer Machtverhältnisse eine tariflose Zeit, vielleicht gar einen weiteren Abbau der Löhne durchsetzen, sie mag aus der Rumpelkammer veralteter Vorstellungen reaktionäre Pläne herausholen und Einrichtungen schaffen, die den bestehenden Rechten und dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft widersprechen — die deutsche Arbeiterschaft weiß nicht nur aus der Erfahrung der letzten Jahre, sondern aus ihrer ganzen Geschichte, daß auf eine lange Periode sozialen Aufstiegs auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende Erfolge bewußten Rückschritts folgen können. Diese Erfahrung erschüttert jedoch nicht den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation; dieser Glaube wird auch jene Arbeiter wieder ergreifen und zu den Fahnen der Gewerkschaften führen, die die wirtschaftliche Not unserer Organisation heute die wirtschaftlich reaktionäre Hugenzwergen und Nazis noch zu weit gingen, zeigt, unter wem unsozialem Stern die Tagung stand. Wenn der Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Grieser — der kurz darauf schon, am ersten Tage des Amtsantritts des neuen Reichs, arbeitsminister Seldte, davongejagt wurde — auf der Tagung die Erklärung abgab: „Die Reichsregierung bekennt sich zur sozialen Mission des Staates nicht bloß, weil bei der Massennot die Staatsklugheit das gebietet, sondern weil das sittliche Gerechtigkeitsgefühl es auch für eine geordnete Wirtschaft verlangt“, so haben diese Worte nicht einmal mehr theoretische Bedeutung, wenn die Regierung, in deren Namen solche Erklärungen abgegeben werden, nicht mehr vorhanden ist. Denselben Wert hat heute die Versicherung Griesers: „Für die Richtung in der amtlichen Sozialpolitik ist und bleibt der Wille maßgebend, den der Reichspräsident am 30. August 1932 in Neudeck kundgegeben hat, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft zu sichern und der soziale Gedanke gewahrt bleiben.“ — Was wir seitdem erlebt haben, ist ungefähr das strikte Gegenteil

Sozialpolitik, Staatspolitik und Staatsmacht

Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform.

Für die Sozialpolitik sind die Tagungen der Gesellschaft für Soziale Reform von einiger Bedeutung. Aus verschiedenen Lagern finden sich dort Leute zusammen und sprechen sich leidenschaftlich über Sozialpolitik und soziale Fragen aus. — Die diesjährige Hauptversammlung der Gesellschaft wurde am 27. und 28. Januar in Hannover abgehalten. Daß sie gerade an dem Tage abgehalten wurde, wo die Harzburger Reaktion die schärfste Not unserer Organisation heute die wirtschaftlich reaktionäre Hugenzwergen und Nazis noch zu weit gingen, zeigt, unter wem unsozialem Stern die Tagung stand. Wenn der Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Grieser — der kurz darauf schon, am ersten Tage des Amtsantritts des neuen Reichs, arbeitsminister Seldte, davongejagt wurde — auf der Tagung die Erklärung abgab: „Die Reichsregierung bekennt sich zur sozialen Mission des Staates nicht bloß, weil bei der Massennot die Staatsklugheit das gebietet, sondern weil das sittliche Gerechtigkeitsgefühl es auch für eine geordnete Wirtschaft verlangt“, so haben diese Worte nicht einmal mehr theoretische Bedeutung, wenn die Regierung, in deren Namen solche Erklärungen abgegeben werden, nicht mehr vorhanden ist. Denselben Wert hat heute die Versicherung Griesers: „Für die Richtung in der amtlichen Sozialpolitik ist und bleibt der Wille maßgebend, den der Reichspräsident am 30. August 1932 in Neudeck kundgegeben hat, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft zu sichern und der soziale Gedanke gewahrt bleiben.“ — Was wir seitdem erlebt haben, ist ungefähr das strikte Gegenteil

vom Willen des Reichspräsidenten. Ueberdies läßt die Amtsführung der nationalistischen Regierung Hugenberg-Hitler mit ihrem Stahlhelm-Unternehmer-Arbeitsminister-Hugenberg-Abbau-Minister nichts Gutes erwarten.

Ueber die Sozialpolitik im Wandel der Staatspolitik sprach Professor Poetzsch-Heffter. Er ging davon aus, daß die Sozialpolitik verschiedene Wandlungen im Laufe der Jahrzehnte durchgemacht habe, jetzt aber die unlagernenden Zonen der Gesellschaftsbildung grundsätzlich umwandeln und durchdringen. Der Erwerb der politischen Macht reiche nicht aus, um alle sozialpolitischen Forderungen zu erfüllen. Voraussetzung dafür sei ein ganzes Volk durchgehende Gesinnungsumschwung. Dieser aber sei ausgeblieben! Wandel der Sozialpolitik in ihren Rechtsbeziehungen am entscheidendsten berührte, der volkstaatlichen Verfassungsform, zeigte sich der Mangel an innerer Verbundenheit. Das Versagen und die schließliche Selbstauschaltung der Volksvertretung ist deshalb für die Sozialpolitik zum bedeutungsvollsten innerpolitischen Ereignis im Wandel der Nachkriegszeit geworden. Der Sozialpolitiker wird auch weiterhin eintreten für das letzte Menschheitsideal, für die Gleichberechtigung der wirtschaftlich Schwachen im Staate und nicht zuletzt für den nationalen Gedankens der Erhaltung der deutschen Volkskraft. — Frau Professor Frieda Wunderlich forderte hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung, daß die Versicherungspflicht wieder hergestellt werde. Die Frage der Tragbarkeit der Sozialbeiträge sei, weil Krankheit und Erwerbsunfähigkeit immer getragen werden müssen, nur die nach der rationalsten Form der Hilfe. Diese aber liege bei der Sozialversicherung, die als eine Selbstversorgung immer billiger ist als die Staatsversorgung. Frau Wunderlich setzte sich auch warmherzig für die Verkürzung der Arbeitszeit ein. Sozialpolitik sei in ihren Grundsätzen unabhängig vom Wandel und von der Gestaltung der Staatspolitik, wie die Entwicklung in allen Industriestaaten der Welt zeige. Durch die Wirtschaftsdürstung sei der Bestand der Sozialpolitik besonders in der Sozialversicherung gefährdet. Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes sei ein sehr ernst erscheinendes Problem. Die Vierzigstundenwoche ist als Krisenmaßnahme auch bei wieder aufsteigender Konjunktur notwendig, weil sonst die Gefahr besteht, daß sich die Besserung in einer Verlängerung der Arbeitszeit auswirke und die Arbeitsmarktbelastung weiter hinausgeschoben werde. Auch künftig müsse die Frage der Arbeitszeitverkürzung stärker beachtet werden, weil es mit ihrer Hilfe möglich sein wird, den technischen Fortschritt in die Wirtschaft einzupassen, ohne dauernde Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Sodann appellierte Frau Wunderlich an die Unternehmer, sich dafür einzusetzen, daß die Erschwerungen und Hemmungen der Arbeitszeitverkürzung beseitigt werden. — Professor Dr. Stählin betrachtete die sozialpolitischen Probleme der Zeit vom Standpunkt der jungen Generation aus.

In der anregend verlaufenden Aussprache nahm zuerst Broecker als Vertreter des ADGB. das Wort. Die Stellung der Gewerkschaften zum Staat werde schließlich entscheidend beeinflusst durch die Sozialpolitik, die dieser Staat treibe. Die Abkehr während der letzten Jahre von einer richtig verstandenen Sozialpolitik, der Einbruch in die wichtigste sozialpolitische Grundrechte habe nicht nur zur Verelendung breiter Massen, sondern auch zu wachsender Entfremdung zwischen Arbeiterschaft und Staat geführt. Auf dem Gebiet der Lohnpolitik hat sich das staatliche Schlichtungswesen einseitig in den Dienst der sogenannten Deflationpolitik gestellt. In die Sozialversicherung sei aus ganz primitiv-fiskalischen Gesichtspunkten eingegriffen worden, ohne jede aufbauende Idee. Während die einander zum Teil durchkreuzenden Wünsche der Bürokratie der Länder und sonstiger Stellen berücksichtigt wurden, seien nur die der Arbeiterschaft unberücksichtigt geblieben. Schwerste Bedenken erzeuge die zunehmende Schaffung rechtloser Enklaven innerhalb des allgemeinen Arbeitsrechts, wie beispielsweise die unheilvolle Lohnpolitik bei Notstands- und Fürsorgearbeit. Auch daß der Freiwillige Arbeitsdienst für den Arbeitsmarkt zu einer Gefahr werde, könne nur dann vermieden werden, wenn die Begriffe sozialpolitisch und Gemeinnützigkeit nicht derart weit ausgelegt werden, wie es in letzter Zeit geschehen sei. Dringend erforderlich seien energische Maßnahmen für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften bekennen sich rückhaltlos zur Sozialpolitik, wie sie in der Nachkriegszeit aufgebaut wurde. Recht unklar waren die Ausführungen Dr. Brauweilers, des Geschäftsführers der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Seiner Meinung nach müsse sich die Sozialpolitik der jeweiligen Lage des Volkes und der Wirtschaft anpassen. Die Interessengengesetze hinsichtlich der Verteilung des Sozialproduktes und der Teilnahme des Arbeiters an der Verwaltung der Wirtschaft, in denen die soziale Frage ausgedrückt ist, werden ewig sein. Der Teil der Wirtschaft, der nicht über eine starke Organisation verfüge, werde in diesen Interessengesetzen der Unterlegene sein. Professor Graßmann machte darauf aufmerksam, daß wir wahrscheinlich kurz vor der Entscheidung stehen, ob sich der Staat vom 1919 behaupten oder der Reaktion das Feld räumen wird. Jedoch lasse sich ein Volk von 60 Millionen weitgehend proletarisierter Menschen, das den Krieg erlitten und politische parlamentarische Verantwortung getragen habe, nicht wieder auf den Zustand der Abhängigkeit zurückdrängen. Gegenüber seinen sonstigen Äußerungen vertrat Clemens Nörpel vom ADGB. die Auffassung, daß allein die Anerkennung des Grundsatzes des Kollektivismus die Grundlage für Wege aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten bieten könne.

Solche mehr oder weniger interessanten theoretischen Auseinandersetzungen mögen von Zeit zu Zeit am Platze sein. Aber mehr als die Betonung von Gegensätzlichkeiten können sie nicht sein. Schließlich entscheidet die organisatorische Macht, die im grauen Alltag jeder einzelnen Gruppe zur Vertretung sozialpolitischer Ansprüche zur Verfügung steht. Das zeigt sich ganz besonders stark in diesen Tagen; eine Erscheinung, die sich in den nächsten Wochen und Monaten noch stärker zeigen wird.

Kampf um den Arbeitslohn

Betriebsverhandlungen im Baugewerbe.

Das gesamte Unternehmertum wittert Morgenluft für eine Zeit, die eigentlich schon als überwunden angesehen werden mußte. Die kurze Frist, die den unbeherrschbaren Verfechtern privatkapitalistischer Wirtschaft für ihre Wirtschaftsweise noch gegeben ist, will man so weit wie irgend möglich durch Eisenbalken verlängern. Die natürlichen Voraussetzungen überlieferter Wirtschaftsweisen sind nicht mehr gegeben. Und so verfährt man im Unternehmertum, errechnet aus einer zurückliegenden Zeit, allein maßgebend sein soll für die Lohngestaltung einer künftigen Zeit. Wieviel Arbeiter sich in diese Lohnsumme teilen, ist den Unternehmern einerlei. Volkswirtschaftlich gesehen ist diese Theorie Unsinn, weil damit ein über Druck auf den Arbeitslohn ausgeübt wird, wodurch die Kaufkraft der durch solche Lohngestaltung beeinflussten Arbeitermassen stark eingengt wird. Privatwirtschaftlich könnte dieser Theorie eine gewisse Berechtigung zukommen, wenn die solchen Gedanken nachgebenden Unternehmer quantitativ jene Kaufkraft in der Volkswirtschaft aufbringen würden, die die Arbeiter aufbringen. Weil dies aber nicht zutrifft, besteht unsere Behauptung zu Recht: die Lohnfondstheorie ist volkswirtschaftlich Unsinn!

Die Grundlage der Lohngestaltung nach dem gewerkschaftlichen Prinzip beruht auf der Schaffung einer möglichst großen Kaufkraft der arbeitenden Schichten des Volkes. Wenn Vernunft auch beim Unternehmertum maßgebend wäre in der Frage der Gestaltung der Lebenshaltung der arbeitenden Volksschichten, dann würde man der Ansicht der Gewerkschaften recht geben. Das aber darf und will man nicht, weil politische Kreise das nicht wollen.

Man verfehlet in jenen Kreisen die Idee des feudalistischen Ständewesens. Auch die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg ist Verfechterin dieser Idee. Als ausgesprochene Vertreterin des Wirtschaftssystems Kapitalismus weiß sie, was sie ihren Auftraggebern nach dieser Richtung hin schuldig ist. Mit unerhörter Brutalität betonen diese Leute ganz offen ihre Arbeiterfeindschaft. Beweise dafür aus letzter Zeit sind genügend vorhanden, wir brauchen nur auf den Vorstoß der Ruhrindustriellen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hinzuweisen. Dieser und andere Vorstöße sprechen eine viel zu bereite Sprache, als daß man ihre Ursachen nicht erkennen könnte. Man will die Situation bis zum letzten auskosten, um die eigene Unfähigkeit als „Wirtschaftsführer“ zu verdecken. Die Maßnahmen des Kabinetts Hitler liegen also nur auf dem Wege, den die den Sozialismus hassenden Unternehmer ihren politischen Beauftragten — Hitler-Papen-Hugenberg — vorgeschrieben haben.

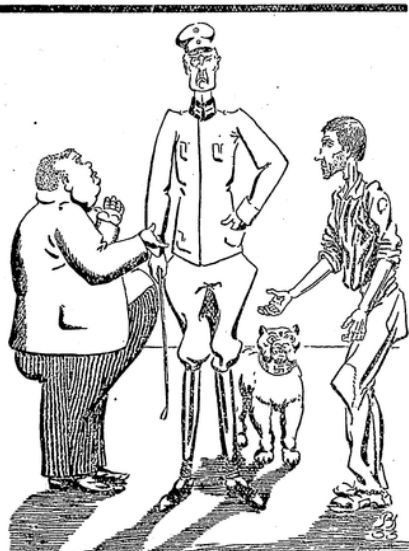
Es wäre unnatürlich, wenn man in dieser Front der Unternehmern nicht auch die des Baugewerbes finden würde. Die Angriffsliste im Bauunternehmertum steigt mit der arbeitfeindlichen Politik des Kabinetts Hitler-Papen. Man will auch in diesem Unternehmertum „nachholen“, was unter der parlamentarischen Regierungsform nicht möglich war. An anderer Stelle ist bereits auf die Verkopplung des Wirtschaftsministeriums mit der Tarifabteilung des Arbeitsministeriums hingewiesen. Hier sei nur nochmals aufmerksam gemacht auf die Unverschämtheit, die bisher die Bauunternehmer bei Aufstellung ihrer Forderungen zu den Lohn- und Ortsklassenverhandlungen in unsern Bezirken gezeigt haben. Im Westen Deutschlands z. B. weisen die jedem menschlichen Empfinden Hohn sprechenden Forderungen der Bauunternehmer auf eine so enge Zusammenarbeit mit den Industriegewaltigen hin, daß von einer gewissen Konkurrenz auf dem Gebiete des Lohnbaues gesprochen werden könnte. Man kann auch vielleicht eine solche Handhabung mit einer gewissen menschlichen Eigenschaft in Verbindung bringen, die man in der Wirtschaft als Sadismus bezeichnet. Ein weiterer Lohnabbau bis zu 25 % will außerdem noch Städte wie Münster um zwei volle Lohnklassen tiefer einzustufen — das ist kein Ausfluß natürlichen Menschentums mehr! In anderen Gebieten versucht man ähnlich zu verfahren, indem man auch dort einen direkten Lohnabbau bis zu 25 % und einen weiteren indirekten Lohnabbau durch weitestgehende Ortsversetzung in den Ortsklassen fordert.

So ist die Lage für die Bauarbeiter im Frühjahr 1933 im ersten Monat des ersten Jahres des paradiesischen dritten Reiches. In Ostpreußen hat ein Unternehmer bei den Verhandlungen die Unternehmerrasserie in der ihm eigenen Weise zum Ausdruck gebracht, indem er sagte: „Mit der Marxistenwirtschaft ist jetzt Schluss!“ Das ist ebenso naiv wie stur, außerdem das Gegenteil von klug. Unseren Kollegen aber möge, so weit sie immer noch nicht sehend geworden sind, diese Einstellung endlich die Augen öffnen, um zu erkennen, welches frivole Spiel alle Gegner der Gewerkschaftsarbeit mit den Arbeitern getrieben haben und noch viel schlimmer zu treiben denken.

Wir stehen erst am Anfang des Unternehmervorstosses im Baugewerbe. Das Ende ist noch nicht abzusehen. Es wird in dem Augenblick in greifbare Nähe rücken, wenn sich alle Arbeiter auf das besinnen, was für sie als Besitzer menschlicher Arbeitskraft in Betrübenkampf so teuer als nur irgend möglich zu verkaufen Die Aufhebung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander ist eine alte Forderung, sie soll verwirklicht werden durch den gemeinsamen Kampf, den die wirtschaftlichen Interessensorganisationen der Arbeiter führen. Darum gerade jetzt heran an die Stärkung unserer Gewerkschaften! Nur sie sind es, die den Willkürakten jeder „autoritären“ Regierung ein Halt gebieten!

RGÖ, „kämpft“— Rote Hilfe, „fechtet“

Wir haben wiederholt nachgewiesen, wie die RGÖ „kämpft“. Ein Beispiel, wo RGÖ und Rote Hilfe — jede für sich, beide aber zu Nutz und Frommen der KPD. — ihr Schäfchen ins Trockene bringen wollen, wird uns aus Wattscheid berichtet. Beim Neubau der städtischen Turnhalle legten die dort beschäftigten zehn Mitglieder unseres Bundes und fünf Mitglieder des christlichen Verbandes wegen willkürlicher Lohnherabsetzung die Arbeit nieder. Kaum war dies geschehen, kam prompt — wie aus der Pistole geschossen — ein Flugblatt der RGÖ, heraus. „Die RGÖ führt in Wattscheid einen Bauarbeiterstreik. Den achten Baustellenstreik in diesem Winter!“, so hieß es. Unserer Zahlstellenleitung ist von keinem der acht RGÖ-Streiks etwas bekannt. Und um diesen Baustellenstreik kümmerte sich die RGÖ auch nicht. Wahrheitswidrig „übernahm die Rote Hilfe die Verpflegung der Streikenden“. Wahrscheinlich zu dem einzigen Zweck, um zugunsten der Rote-Hilfe-Volksküche auf



„Herr Baron, Nazi hält uns die Kanaille schon vom Halse! Wir können ungestört frühstücken.“

Liste sammeln zu können. Dabei wurden sämtliche 15 Streikenden von ihren Organisationen unterstützt! — Die Unternehmer hatten versucht, vom Arbeits- und Wohlfahrtsamt Leute zu bekommen. Da dort in leitender Stellung Sozialdemokraten saßen, nahmen die RGÖ und die KPD, unangenehm, Stellung gegen die Sozialdemokraten im Arbeitsamt. Das Nicht etwa gegen die ausbeutende Firma. Das Zentrums- und sozialdemokratische Arbeits- und Wohlfahrtsamt vermittelt Streikbrecherhorden. Kampf mit der RGÖ für Streikeinheit und Sieg!“, so hieß es in dem Flugblatt. Das war wieder eine ganz gemeine Lüge, denn die beiden Behörden haben, sobald unsere Baugewerkschaft ihnen den Sachverhalt klargemacht hatte, sämtliche von ihnen überwiesenen Leute sofort zurückgezogen, ihnen ihre Überweisungskarten abgenommen und sich von jeglicher Einmischung in den Kampf ferngehalten.

Keiner der Belegschaftsangehörigen gehörte der KPD, oder der RGÖ, an, keiner sympathisierte auch nur mit ihnen! Der Streik wurde vom Baugewerksbund und vom christlichen Verband geführt. Nach zehntägiger

Dauer wurden die Forderungen der Kollegen restlos erfüllt. Weder die RGÖ, noch die Rote Hilfe haben auch nur einen Finger krumm gemacht, um der Belegschaft zu ihrem Recht zu verhelfen. Sie benutzten lediglich die Gelegenheit, an den Kämpfen und Erfolgen der Gewerkschaften ihre Parteisuppe zu kochen. Legt diesen Schwindlern und Spaltern das Handwerk!

Potemkinsche Galoppmurer in Moskau

Wenn jemand eine Reise ist, so kann er was erzählen.

Für linientreue Kommunisten ist Sowjetrußland das Wunderland, nach dem sie wie gewisse Gläubige nach Mekka pilgern! Sie begnügen sich aber nicht mit Erzählungen, sondern verstehen sich gut auf Märchen. Niemand kann bestreiten, daß Rußland in rein wirtschaftstechnischer Hinsicht Großes geleistet hat. Wenn aber linientreue Kommunisten dort die alltäglichsten Dinge sehen, selbst wenn sie in ihrem Heimatlande schon zu Dutzenden Malen gesehen haben, dann bleiben sie bei ihrer psychologischen und parteimäßig erstarrten Einstellung stehen, und glauben Wunder zu schauen.

So geht es den meisten der von der KPD organisierten partei-chemisch gereinigten sogenannten Arbeiterdelegationen, die von Zeit zu Zeit nach der Sowjetunion pilgern. Nicht alle Delegationen sind so vorsichtig, daß sie sich bei ihrer Rückkehr auf mündliche Berichterstattung in von der KPD einberufenen Versammlungen beschränken. Ein Delegationsmitglied war so unvorsichtig, eine Broschüre drucken zu lassen. Welche Märchen aber dieser Mann — A. Rudolf heißt er — erzählt, sei an Erzählungen gezeigt, die das Berufsgebiet unserer Mitglieder betreffen. Rudolf hat in Rußland „die Bauarbeiterfrage studiert“. „Überall wird gebaut, gebaut, gebaut. Kolonnen von Arbeitern stehen auf den Gerüsten, Kolonnen von Mauern legen Ziegel.“ Dabei hat er Kerle angetroffen, die instande wären, ganze Städte in wenigen Wochen hinzuhauen. Man höre Rudolf: „Da ist ein Stoßbrigadier im 40 m hohen Kesselhaus, der in seiner 6½ Stunden betragenden Schicht 9000 Ziegel legt, fast 1500 in der Stunde!“ Da staunt der Fachmann, nur der Laie wundert sich nicht.

Potemkin ist auch in Sowjetrußland nicht ausgestorben. Jeder deutsche Maurer weiß, daß es einfach eine Unmöglichkeit ist, in einer Stunde 1500 Ziegel zu vermauern, d. h. in einer Minute 25 Ziegel oder in 10 Minuten 250! Bei einer 46½stündigen Arbeitswoche würde das bedeuten, daß der Maurer in der Sowjetunion 70 000 Steine wöchentlich zu vermauern in der Lage wäre. Damit schlagen sie jede Konkurrenz. 70 000 Steine würden genügen für ein großes Zweifamilienhaus. Ein „Stoßbrigadier“ in Rußland würde jede Woche ein Zweifamilienhaus ganz allein errichten können. Das ist nun schon kein Schwindel mehr, sondern das sind Märchen, wofür man dem Verfasser nicht einmal mildernde Umstände zubilligen kann. Was aber sagen die kommunistischen Parteigänger zu einer so saudummen Propaganda einer Ausbeutung, die jedes menschenmögliche Maß übersteigt und erlogen ist und deswegen das Ansehen des Sowjetstaates nur schädigen kann? Die Verfasser solcher Märchen verdienen wegen linienwidriger Dummheit, daß man ihnen ihre „Berichte“ kreuz und quer um die Ohren schlägt. Denn schon die Zumutung, solche Märchen zu glauben, ist für jeden, auch wenn er nur halbwegs denken könnte, eine Beleidigung.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter:

Gesperrt sind wegen untertariflicher Lohnzahlung in Norden die Arbeiter der Firma Wiebersick, in Wilster das Baugeschäft Johannes Sievers. Gewarnt wird vor dem Unternehmer Schütt aus Oberdorf (Unter-Elbe) wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gesperrt ist in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Berlin-Oberschöneweide die Firma Witt und in Liegnitz das Ofengeschäft Hermann.

AUS DER SOZIALGESETZGEBUNG

Arbeitslosenunterstützung und Entschädigungen für Ehrenämter

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz und die dazu erlassenen Vorschriften, Notverordnungen usw. enthalten manderlei Bestimmungen der Art, daß dann keine Unterstützung gewährt wird, wenn der Arbeitslose seinen Unterhalt durch sonstige Einnahmen bestreiten kann. Nach den näheren Bestimmungen des Gesetzes werden auch andere Einnahmen des Arbeitslosen erzielt, ebenfalls auf die Unterstützung angerechnet. Darüber hinaus ist neuerdings die Unterstützung nach einer gewissen Zeitdauer grundsätzlich vom Vorliegen der Hilfsbedürftigkeit abhängig. Der Arbeitslose erhält also nur noch Unterstützung, wenn und soweit er hilfsbedürftig ist. — Ziemlich ungeklärt ist die Frage, ob Einnahmen, die der Arbeitslose aus Ehrenämtern hat, angerechnet werden können. Es gibt eine ganze Reihe Ämter, für die eine geringe Entschädigung gewährt wird. So ist es möglich, daß Verbände oder Vereinigungen für die Teilnahme an Sitzungen, Revisionen usw. eine Entschädigung zahlen. Auch in öffentlichen Ämtern, sei es als Stadtverordnete, Gemeinderatsmitglieder, Mitglieder irgendwelcher Ausschüsse, Vertreter in den Organen der Sozialversicherungsträger usw. befindet sich eine erhebliche Zahl von Arbeitern. Wenn es sich hier auch fast ausnahmslos um Ehrenämter handelt, für die keine Entlohnung oder Vergütung gewährt wird, so erhält der Betreffende doch meist eine geringfügige Entschädigung. Ihrem Zweck entsprechend soll die Entschädigung als Ersatz für die besonderen Aufwendun-

gen gelten, die durch die Ausübung des Ehrenamtes entstehen. Derartige besondere Aufwendungen können mancherlei Art sein. Der ein Ehrenamt Ausübende kann beispielsweise besonderen Aufwand in Kleidung usw. haben. Auch die wirklichen und tatsächlichen Aufwendungen, die entstehen (Fahrgehalte, Zechen usw.) werden fast immer ersetzt. Die Frage, ob derartige Entschädigungen auf die Alu angerechnet werden können, ist nicht so leicht zu beantworten. Auf keinen Fall aber ist eine Anrechnung dann möglich, wenn es sich bei diesen Entschädigungen um eine Erstattung wirklicherbarer Ausgaben handelt, die der Betreffende gehabt hat. Zweifelhaft kann die Frage sein bei besonderen Entschädigungen, die nebenher oder außerdem gewährt werden. Hier sollen jedoch die Arbeitsämter ebenfalls nicht kleinlich sein.

Ein arbeitsloses Mdr.

Unterm 20. Mai 1932 fällte das Reichsversicherungsamt folgende Entscheidung: „Die Aufwandsentschädigung und die Tagelöhner, die ein Reichstagsabgeordneter in dieser Eigenschaft erhält, sind nicht auf die Alu anzurechnen.“ Hier ist also die Frage in einem für die Versicherten günstigen Sinne entschieden. Zwar handelt es sich in der Entscheidung um die Aufwandsentschädigungen eines Reichstagsabgeordneten, bleibt jedoch schon diese verhältnismäßig hohe Entschädigung — die allerdings mit hohen Ausgaben für Spesen während der Reise und während des Aufenthalts

in Berlin verbunden ist — anrechnungsfrei, so müssen es die viel geringeren Entschädigungen für andere Ehrenämter im öffentlichen Leben erst recht sein.

Ein arbeitsloser Krankenkontrollleur.

Ein Arbeitsloser betätigte sich als Ausschussmitglied einer Krankenkasse ehrenamtlich als Abendkontrollleur, wofür er monatlich 50 M erhielt. Es fragte sich, ob der Betrag auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden müsse. Der Arbeitslose wehrte sich dagegen. Es handelte sich lediglich um eine Aufwandsentschädigung, nicht aber um einen Verdienst oder um ein Arbeitseingelgt; auch die Steuerbehörde habe diese Vergütung nicht als Einnahme bewertet. — Das Reichsversicherungsamt sprach sich dahin aus, daß die fragliche Betätigung nicht als unselbständige Beschäftigung anzusehen sei. Ob sie als eine selbständige Tätigkeit anzusehen ist, könne zweifelhaft sein. Damit § 112 AVAVG. angewendet werden kann, muß es sich um einen „Verdienst“ handeln. Unter „Verdienst“ wenn es sich um eine Arbeitnehmertätigkeit handelt — ist das Arbeitseingelgt im Sinne der Sozialversicherung zu verstehen. Danach ist Arbeitseingelgt jede Leistung, die einen Vermögenswert besitzt, für den Empfänger einen wirtschaftlichen Vorteil bedeutet und als Gegenleistung für Arbeit gewährt wird. Eine Aufwandsentschädigung bedeutet die Gegenleistung für gehalten Aufwand und bildet, sofern sie hierfür restlos verbraucht wird, für den Empfänger keinen wirtschaftlichen Vorteil. Jedoch übersteigt eine Leistung, die als Aufwandsentschädigung bezeichnet wird, zuweilen den wirklichen Aufwand und enthält einen Betrag für die Mühewaltung und den Zeitaufwand. Ein solcher, den eigentlichen Aufwand übersteigender Betrag bedeutet einen wirtschaftlichen Vorteil für den Arbeitnehmer und ist auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen. In welcher Höhe das zu geschehen hat, muß in jedem Einzelfalle festgestellt werden. Belanglos ist es dabei, ob das Finanzamt den Gesamtbetrag der Aufwandsentschädigung nicht als Einnahme bewertet hat. (RVA. 3. Juni 1932 — III a. Ar. 378. 31.) — Man kann leider nicht sagen, daß sich diese Entscheidung durch Klarheit auszeichnet.



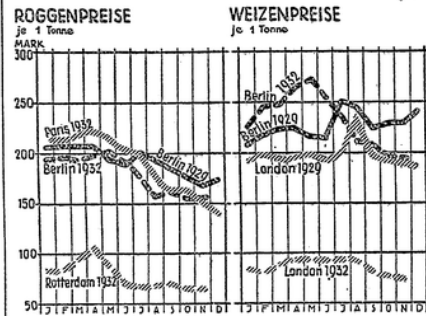
Werbe- und Bildungsarbeit

Baugewerkschaft Hermannsberg. Trotz unserer kleinen Mitgliederzahl suchten wir auch im vergangenen Jahre unter uns Zusammenhalt und Bildung zu fördern. Dies geschah bei uns in der Form, daß wir die Kollegen zum Versammlungsbuch anhielten, ihnen den „Grundstein“ rechtzeitig zustellten und unsere Bücher empfahlen. Jetzt wollen wir Diskutierabende einführen, zu denen wir auch die Mitglieder befreundeter Organisationen einladen werden. Von dem bei uns noch vorhandenen schönen Kampfeinst und gewerkschaftlichen

Zusammenhalt legte unsere verlassene Weihnachtsfeier Zeugnis ab. Alle Mitglieder waren ausnahmslos erschienen, außerdem noch viele andere Kollegen aus befreundeten Verbänden. Unsere Baugewerkschaft nahm auch die Gelegenheit, daß es den Krankenkassen wieder gestattet ist, Mehrleistungen einzuführen, wahr und erreichte einige Verbesserungen in der Krankenfürsorge. Wir werden auch künftig nichts unterlassen, um den Mut und Kampfeinst unserer Mitglieder zu fördern und ihnen immer wieder die Notwendigkeit und Aufgaben der Gewerkschaften vor Augen zu führen.

„Arbeitslosenversicherung.“ Nunmehr ist im Bundesbüro eine Vortragsdisposition „Arbeitslosenversicherung“ verfaßt worden. Sie eignet sich für Besprechungen in den Arbeitsgemeinschaften. Auf Wunsch werden einzelne Stücke der Disposition den Baugewerkschaften übersandt.

Volkswirtschaft des Alltags. In den Lichtbildverleih wurde neu eingestellt die Serie „Volkswirtschaft des Alltags“. Sie besteht aus 56 Bildern, die die Unzulänglichkeit der heutigen Wirtschaftsordnung an Beispielen (Zündhölzer, Kohle, Kaffee, Butter, Getreide und Zement) anprangern. Die engstirnigen Bestrebungen, Deutschland vom Ausland zu isolieren, sich durch Zollmauern zu „schützen“, hohe Kartellpreise zu dulden, Löhne herabzusetzen, alles wird an Beispielen der verschiedenen Art dargelegt. Die Schlussfolgerung ist: Wir treten ein für Arbeitsbeschaf-



Aus der Lichtbilderserie „Volkswirtschaft des Alltags“. Die Tafel „Regenpreis“ zeigt als Preis für eine Tonne Regen sowohl in Paris als auch in Berlin im Jahre 1929 beinahe die gleiche Kurve. Dagegen ist 1932 der Preis in Berlin nahezu doppelt so hoch als in Rotterdam. Inzwischen wird auch der deutsche Landwirtschaft durch hohe Zölle und Kontingente „geholfen“. Auf der Tafel „Weizenpreise“ ist der Unterschied 1932 noch größer — beinahe 150 M je Tonne — während er 1929 nahezu gleich war.

fung als ersten notwendigen Schritt, für den Umbau der Wirtschaft als Voraussetzung hierfür und für die Ueberführung der kapitalistischen Wirtschaft in eine planvolle, sozialistische Gemeinwirtschaft.

Aus den Baugewerkschaften

Cottbus. (Albert Brämig von Nazis niedergestochen.) Der Geschäftsführer unserer Baugewerkschaft, Kollege Brämig, wurde am 28. Januar, kurz vor Mitternacht, von SS-Leuten von hinten überfallen, mit Schulterrien blutig geschlagen und durch einen Messerstich, der die Lunge traf, schwer verletzt. Er liegt im besorgniserregenden Zustand im Krankenhaus. — Eines der zahlreichen Opfer des Aufstieges der Begeisterung über den hitlerianischen Regierungskurs.

Plauen i. V. (Das wahre Gesicht der Nazis in Oelsnitz.) Am 16. Januar stand in der Stadtverordnetenversammlung der Ausbau einer Baracke zu Notwohnungen auf der Tagesordnung. Kollege Wolfram beantragte, dabei organisierte orisansässige Bauarbeiter zu beschäftigen, zumal im Jahre 1932 von den Oelsnitzer Baumeistern kein einziger Kollege eingestellt wurde, weil sie nicht unter Tarif arbeiten wollten. — Die Nazis lehnten den Antrag ab. Wolfram beantragte dann, den Stadtrat zu beauftragen, darüber zu wachen, daß von den Unternehmern die Tarifverträge eingehalten werden. Auch diesen Antrag lehnten die Nazis — im Bunde mit der übrigen Rechten — ab. Damit haben die Nazis erneut ihre Unternehmerfreundlichkeit bewiesen.

Aus den Fachgruppen

Töpfer und Fliesenleger. Allgemeinverbindlicherklärung des Ofenformertarifs. Der zwischen dem Deutschen Kachelofenfabrikantenverband, Sitz Berlin, für seine Sektionen Norddeutschland, Sachsen und Schlesien und dem Deutschen Baugewerksbund, Fachgruppe der Töpfer, für die Bezirksverbände Berlin, Dresden, Erfurt, Magdeburg, Hannover, Hamburg, Königsberg und Breslau abgeschlossene Tarifvertrag, am 1. September 1932 in Kraft getreten, ist mit Geltung vom 1. Januar 1933 an für die ihm unterstellten Gebiete für allgemeinverbindlich erklärt worden. Sofern gemäß § 4 Absatz 1 des Tarifvertrages bezirkliche oder örtliche Lohnabschlüsse bestehen, erstreckt sich die Allgemeinverbindlichkeit auf die Lohnsätze nur im Rahmen dieser Abschlüsse. Die Allgemeinverbindlichkeit des Manteltarifvertrages vom 1. Mai 1930 nebst Lohnarif der Lohngebiete 1, 3 und 4 hat geendet.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Karriere einer Person.

Nun steht „Der Führer“ an der Spitze der Reichsregierung. Aber aus dem Parteiamt ist nicht der Staatsmann geworden, sondern „nur“ ein Reichskanzler. Die Parteienkoalition, der sich Hitler einordnete, ist etwas durchaus anderes, als was man sich unter Parliamentsherrschaft vorstellt. Auch als Kanzler ist Hitler Trommler geblieben. Zum Staatsmann fehlt ihm jede Qualifikation. Die wirtschaftliche hat er nicht, sonst würde er nicht die Weltkrise dem „Marxismus“ als Schuld anhängen wollen, die religiöse hat er nicht, sonst würde er nicht sagen, „der Allmächtige“ habe ausgesprochen, dann als „der Weltkrieg“ beendet wurde, „unserm Volke seinen Segen entzogen“. (Während des viereinhalbjährigen Massenmordens hat danach der Segen auf dem Volke gelegen.) Auch die menschliche Qualifikation zum Kanzler hat Hitler nicht, sonst würde er sich nicht mit den Mördern von Potempa solidarisiert haben. Bei so erschreckendem Mangel an Qualifikationen ist der spezielle Mangel an staatsmännischen Fähigkeiten logisch.

Die Triumphgefühle des heutigen Kanzlers sind nicht ungetrübt. Nun soll er Taten zeigen! Trotz der vielfachen Mängel und des Mangels an wertheschaffenden Taten darf sich aber niemand darüber hinwegtäuschen, daß die Gefahren für die Rechte und die Freiheit des Volkes im Zeichen des reaktionären Dreigestirns täglich größer werden. Aus Büchern kennen wir Hitler als Redner, Agitator, als „Führer“, als Tobsüchtigen, als Polterer, als Neurastheniker. Gewissermaßen mit einem Scheinwerfer aber leuchtete Konrad Heiden den Lebensweg Hitlers ab. („Geschichte des Nationalsozialismus“, Verlag Ernst Rowohlt, Berlin W 50, Passauer Str. 8/9. Preis kartoniert 4.50 M., Leinen 6 M.) Heiden nennt sein Buch im Untertitel: „Die Karriere einer Idee“, womit er sehr feinsinnig einen Grenzstrich zwischen der Karriere des geistlosen, widernatürlichen und widerspruchsvollen sogenannten Nationalsozialismus und seines „Führers“, und der Entwicklung einer wahren Idee und einer wirklichen Persönlichkeit zieht. Heiden behandelt sein Thema und die Personen, die die Hitlererei verkörpern, mit großer Sachlichkeit. Er urteilt auch kritisch über die Politik der Sozialdemokratie. Aber er wird nicht gehässig; und im Schlusssatz läßt er aus dem unvermeidlichen politischen Bankrott des Nazismus „die Linke“ zur Gestaltung ihrer wahren Aufgabe gelangen, wenn auch zunächst „eine Zeit des gemeinsamen Elends und der politischen Stumpfheit“ kommen sollte. Heiden zeigt uns Hitler „als den Menschen, der sich nicht in die Organisationen des Proletariats einzupassen vermog“. Der abgehobene talentlose Kunststrolcher steht als Proletarier — in der Einbildung was Besseres zu sein — von jeher auf Seiten der Unternehmer. Er will höher hinaus! Trotz einiger Selbsterziehung verfällt er immer wieder in

Gefühlsrohheiten und Maßlosigkeiten; er vergleicht sich mit Napoleon und Christus, aber seine Helfer durchschauen ihn und lächeln mildeidig. Kriebel sagt, selbstverständlich taugte Hitler nicht zum Regierungsleiter. Auch soziologisch zeigt sich Hitler völlig unzulänglich. Die Bedeutung und Wirksamkeit der Volksklassen sind ihm fremd. Tatsachen, von denen er ausgeht, vermag er nicht richtig zu sehen, und so führt ihn seine Logik in den Nebel. Vom Sozialismus ist in Hitler nicht die Spur. Er geht aus von der Verehrung des alten Obrigkeitstaates, sein Ziel ist eine Volksgliederung nach dem Muster der alten preußischen Armee. Herrschen und Dienen, Befehlen und Gehorchen sind Hitlers Staatsgrundsätze. Dienen und gehorchen soll selbstverständlich die Masse. — Heute wo dieser Mann Kanzler ist, sei auf das Buch Heidens als ein Schlüsselwerk zum Verständnis des Charakters des „Führers“ hingewiesen.

Die nachfolgende Abhandlung ist eine von uns stark gekürzte Darstellung Heidens.

Hitlers Vorbilder.

Die Lebensgeschichte Hitlers von dem Weltkrieg kennen wir fast nur aus seiner eigenen Darstellung, die jahrelange Lücken hat und das wenige Mitgeteilte auffallend verwischt. Aus flüchtigen Andeutungen läßt sich gerade noch vermuten, daß der politische Lebensgang des Mannes nicht gradlinig zum heutigen Ziel führte. Die Nation hätte Anspruch darauf, über einen Politiker, der so einzigartiges Vertrauen von ihr fordert wie Hitler, von diesem selbst genauer unterrichtet zu werden, als es bisher geschah.

Hitlers Grundhaltung gegenüber der Vorkriegsmacht war und ist konservativ. Dieser Verehrer Friedrichs des Großen und Bismarcks sieht im Deutschen Reich Wilhelms II. schlimmstenfalls revisionsbedürftige Auswüchse, aber im wesentlichen kann sein Konservatismus sich beim Bestehenden beruhigen und auf die heilende Kraft der Nation vertrauen. Da wird plötzlich die Revolution zum Angriff auf sein Innerstes und zwingt ihn konsequenterweise zum Protest. Temperament genug hat er, den Protest bis zur Gegenrevolution zu treiben, aber seiner Denkwaise läuft alles Revolutionäre schnurstracks zuwider. Der Mann des Führerprinzips, des autoritären Staatsgedankens, der Verehrer Bismarcks, lebt nunmehr seit vierzehn Jahren gezwungen als Revolutionär. Ursprünglich steckt in ihm noch die Empörung des getreuen, seines Königs beraubten Untertanen. Erst die planmäßige Politik der Umgebung, vielleicht auch das Vorbild Mussolinis, machen ihn zum „Führer“, und zwar vorläufig auch nur zum Führer der Empörung, der als seine Aufgabe lediglich die Abrechnung mit den Marxisten ansieht.

Seine Pose.

Er ist eitel bis zum Wahwitz. Napoleon, Goethe, Bismarck waren es auch auf mehr oder minder feine Art. Friedrich, Scharnhorst, Lenin waren es nicht. Eitelkeit an sich ziert und schändet nicht; es kommt

darauf an, worauf einer eitel ist. „Was ich sage und tue, gehört der Geschichte an.“ — dies Wort aus einer früheren Periode seines Aufstiegs steht haarscharf auf der Grenze zwischen schöpferischem Selbstbewußtsein und Albernheit. In den Anfängen äußert sich die Eitelkeit negativ: er verbietet, Bilder von ihm zu verbreiten. Möglicherweise spielt ein äußerer Grund mit: Er hätte sich einen soldatischen Spitzbart aus den ersten Nachkriegsjahren abnehmen lassen, und er sowie seine Umgebung mußten sich an das neue Bild erst gewöhnen.

Für öffentliches Auftreten in „staatsmännischer“ Haltung hat er sich eine Pose erdacht, die sichtlich Napoleons gekerkerte Arme ersetzen soll: er legt die Oberarm quer über den Leib, einen Ellbogen in der hohlen Hand. Er sieht sehr beherrscht aus. Sein Antlitz ist für die Anhänger eine Verlegenheit, für die Gegner Schandenfäule. Keine Beschönigung hilft darüber hinweg, daß es ein nichtssagenes Gesicht ist. Der Münchner Rassenhygieniker von Gruber hat es für schlechte Rasse erklärt und das eingehend begründet. Die dunkelblonde Haarsträhne, das Bürstchen unter der Nase sind so alltäglich wie möglich. Höchstens in den Augen glimmt etwas. Im Zustande der Erregung scheint ein Namenloser dazustehen, der unbekannte Soldat, der plötzlich die Gedanken von Millionen Namenloser ausspricht. Gedanken, wegen deren drei Jahre zuvor die namenlosen Kameraden im Schützen-graben den „Verrückten“ ausgelacht haben. Vielleicht ist dies überhaupt der Schlüssel zur ganzen Persönlichkeit: Durchschnitt in höchster Ausprägung. In den letzten Jahren hat das Antlitz sich mehrmals gewandelt. Zunächst bekam es Inhalt; Schicksal schien aus einem Stück Rohstoff einen Mann gemacht zu haben. In neuester Zeit zeigen sich frühe Anzeichen des Alters und der Verwirrung.

Der Redner.

Von allen Rednern, die sich zur Zeit vor deutschen Massen produzieren, ist Hitler wohl der rasendste Kämpfer. Ein, zwei Stunden lang steht auf dem Podium ein gesalbter Prediger, gelegentlich einen Essig-tropfen Witz in das Öl mischend. Ein Mann mit Gedanken, dem man gut zubören, bei dem man aber auch — Verzeihung — schlafen kann. Aber dann fährt es in ihn. Dann schießt die mittelgroße Gestalt hinter dem Podium auf und nieder; dann gehen die Hände durch die Luft mit Gesten, die zwar bilderarm sind, das Gesprochene nicht nachmalen, aber vorzüglich den Seelenzustand des Redners ausdrücken und in die Hörer hineintreiben. Wenn in einer Anklage der Zeigefinger raubvogelartig auf die Hörer niederstößt, führt jeder einzelne sich für die Sünden der deutschen Nation verantwortlich.

Dann mag er sagen, was er will, und wäre es, daß der Mond ein Edamer Käse sei: sie werden applaudieren.

Osthilfe für den Kaiserhof.

Durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hat das Hotel Kaiserhof seinen besten Gast verloren. Bekommt der Kaiserhof nun Osthilfe?

Von der Veltener Ofenindustrie. Auch in Veltens wütet unter den Ofenformern die Wirtschaftskrise in unheimlicher Weise. Dieses Unheil wird noch verstärkt durch die ganz besondere Einstellung einiger Ofenfabrikanten. In erster Linie sei die Firma Richard Blumenfeld genannt. Als noch Herr Richard Blumenfeld sen. in dieser Firma die Oberleitung hatte und ihm als technischer Leiter Herr Gustav Netzband zur Seite stand, konnte man von erträglichen Verhältnissen in dieser Firma reden. Vor allem wurde der Arbeiterorganisation keinerlei Hindernis in den Weg gelegt. Heute ist dies längst anders. Die alte bewährte Leitung des Betriebes wurde abgesetzt und neue Leute treten an ihre Stelle; allen voran ein junger Mann, der sich Dr. Bartels nennt, dann ein Herr Direktor Kabus und ein Herr von Ompeda als Generaldirektor. Diese Herren gingen an die „Rettung“ des Betriebes. Zunächst wurden die Betriebsvertretung und die Lohnkommission mit allerhand Schikanen bedacht, was natürlich manchmal zur Rebellion führte. Dem Direktor Kabus wäre beinahe der Mifmut der Arbeiter handgreiflich ausgedrückt worden. Immerhin konnte durch die im Betriebe vorhandene straffe Organisation manches Ansinnen der Betriebsleitung zurückgewiesen werden. Aber dann folgte doch ein Lohnabzug dem andern. Der Streik der Hilfsarbeiter im Herbst 1930 ist noch in frischem Gedächtnis. Die Töpfer mußten damals ebenfalls die Arbeit einstellen und meldeten sich arbeitslos. Da ihre Arbeitslosigkeit als indirekte Folge des Streiks gefindert wurde, obwohl die Töpfer bereits vor dem Streik ihre Kündigung erhalten hatten, kam es zu einer langwierigen Klage, die erst nach etwa zwei Jahren zugunsten der Töpfer entschieden werden konnte. Wie „arbeiterfreundlich“ der Herr Direktor damals war, ergibt sich daraus, daß die Firma einige Streikbrecher bekommen hatte, der Direktor verlangte, daß nunmehr die Töpfer arbeiten sollten. Dem Gericht selbst kam es damals spanisch vor, daß Direktor Bartels so viele Töpfer vom Arbeitsamt angefordert hatte. Darauf erklärte dieser Gemütskranke, er habe gewünscht, daß die Töpfer die Arbeit verweigern würden und ihnen dann die Arbeitslosenunterstützung entzogen werden könne. So sieht diese junge Dr. Bartels aus! Der Streik der Hilfsarbeiter brach dann zusammen. Bei der Wiedereinstellung der Töpfer wurden sämtliche Funktionäre und andere „mißliebige“ Elemente nicht mehr eingestellt. Heute beschäftigt diese Firma unter 350 Arbeitern kaum 20 Töpfer! An den Kachelpressen, an denen früher Töpfer beschäftigt waren, stehen heute Hilfsarbeiter. Die Prellware wird fertigmacht von Frauen und Mädchen. Jämmerlichste Entlohnung ist an der Tagesordnung. Auf Grund der Entlohnung vom 5. September 1932 gehen die Töpfer entschlossen vor, daß wegen „Gefährdung des Betriebes“ nochmals 10% Lohnabzug notwendig seien. Nunmehr erhalten die Hilfsarbeiter in diesem Betriebe bei außerordentlich schwerer Arbeit ganze 47 1/2 Stundenlohn! Die Frauen und Mädchen werden mit Bettelpennungen abgefertigt. Wenn nun trotz alledem der Betrieb nicht vorwärts kommt, dann dürfte es wohl doch an etwas an der e m liegen als an den „hohen“ Löhnen. Herr Dr. Bartels

führt als Grund die „große Konkurrenz“ ins Feld und erzählt, die Firma fertige nur Qualitätsware. Dahinter können wir als Kenner der Verhältnisse und angesichts dessen, daß gelehrte Töpfer im Betriebe kaum noch geduldet werden, nur ein großes Fragezeichen machen. Maschinenkacheln und Maschinenecken sind für jeden Fachmann minderwertige Ware. Ofensetzerfirmen, die auf ihr Renommee etwas geben, wie die Töpferhütte in Berlin, verarbeiten handgeformte Ware. Und was kann Gutes herausbringen, wenn ungelerten Arbeitern in dieser beispiellosen Weise im Betriebe der Vorzug gegeben wird! Auch hygienisch ist vieles in dem Betriebe zu bemängeln. So müssen die Arbeiter aus der heißen Werkstatt auch im Winter ein großes Stück über den bei Regenwetter verschlammten Hof laufen, um ihre Bedürfnisse zu verrichten. Der Staub aus den Kachel-

Bündeskalender 1933

Enthält Kalendarium mit Raum für Notizen, wichtige Angaben über unsere Bundesarbeit, praktische Hinweise für die Arbeit der Bauleitenden und Betriebsvertretungen, technische Notizen und manches andere Wissenswertes.
Geschmackvoller Leinenband, bequemes Format. Preis 40 Pf.
Bestellungen bei den Hauskassierern oder beim Baugewerkschaftsvorstand.

schleifmaschinen, bestehend aus Schamotteton und Glasur, wird durch den Schornstein ins Freie gejagt und bedeckt dann das Grundstück und die ganze Umgebung mit einer dicken Staubschicht, so daß Bäume, Sträucher und Gemüse zugrunde gehen. Gewerbetätige und Kreisarzt haben anscheinend an diesem Zustand nichts auszusetzen. In Meißen macht man es allerdings anders. Dort wird der Staub in Säcken abgefangen, sonst würde die schöne Stadt Meißen bald zu einem einzigen Schmutzkasten werden. Das ist die einst so hochgeschätzte Firma Blumenfeld A.-G. in Veltens. Erwähnt seien noch einige andere Betriebe, die zwar arbeiten lassen, jedoch bei ihren Arbeitern dauernd mit dem Lohn im Rückstand sind. Einige Kollegen helfen sich damit, indem sie transportable Oefen beschlagnahmen und verkaufen. Aber trotz der schlechten Zeiten lassen unsere Kollegen den Mut nicht sinken. Von den 250 Töpfern, die noch am Orte sind — allerdings zum größten Teil arbeitslos —, sind immer noch fast alle im Baugewerksbande organisiert. Sie werden in späteren besseren Zeiten alle ihre Kraft daransetzen, wieder eine menschenwürdige Behandlung und Bezahlung durchzusetzen. Dann wird in erster Linie der Kampf der „menschenefreundlichen“ Firma Blumenfeld gelten!

Morgenröte des Dritten Reiches. Von politischen Gegnern ist der Führer des berüchtigten Sturmes 33 der SA., Berlin-Charlottenburg, bei einer Paradeemonstration erschossen worden. Dieser Mann wurde einmal steckbrieflich verfolgt, er hat u. a. „in der Notwehr“ einen Arbeiter erschossen. Um Deutschland hat er sich nicht das geringste Verdienst erworben. Trotzdem auf Befehl der „nationalen Regierung“ Staatsbegräbnis! Die Leiche des SA.-Sturmführers wurde im Berliner Dom aufgebahrt, die Regierungen waren offiziell vertreten. Staatsbegräbnisse sind Ehrenerweise für Tote, die sich zu Lebzeiten um die Nation sehr verdient gemacht haben. Staatspräsidenten, Staatsmänner, Dichter etwa. Solche Verdienste sind jetzt nicht mehr nötig. Es genügt... Siehe oben.

Das Vaterunser der Nazis. Wir erleben in Deutschland das widerliche Schauspiel, daß sich protestantische Geistliche in großer Zahl den Nazis zur Verfügung stellen. In teilweise wird die konfuse Lehre der Nazis als neue Religion hingestellt. Angesichts dessen ist es nicht verwunderlich, daß die Nazis ein Hitler-Vaterunser aufgestellt haben, das von der „Augsburger Post-Zeitung“ zitiert wird:

Adolf Hitler, der du bist unser Führer.
Dein Name macht die Feinde zittern.
Dein Drittes Reich komme.
Dein Wille sei allein Gesetz auf Erden.
Laß uns täglich deine Stimme hören
Und befehle uns durch deine Führer,
Denen wir gehorchen wollen unter Einsatz
Unseres eigenen Lebens.
Das geloben wir.
Heil Hitler!

Die kirchlichen Einrichtungen werden durch dies Gedicht nicht wenig verhöhnt.

Verräter der Arbeiterschaft. Es gibt Kleingläubige in der Arbeiterschaft, die sich dem Glauben und der Hoffnung hingeben, die Führung der Kommunistischen Partei würde angesichts der ungeheuren faschistischen Gefahr eine ehrlich gemeinte Einheitsfront anstreben und sich eines von Bruderkamp und -haß freien Tones befleißigen. Die solcher Hoffnung Besessenen können nun alltägliche eine große Enttäuschung erleben, wenn sie den Mut aufbringen und den Groschen opfern, um eine der Sudelschriften der KPD-Presse zu lesen. Der Hetz- und Haßton der KPD-Zeitungen gegen alles, was freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch ist, ist der gleiche geblieben. Zeitweise wird er sogar noch gesteigert. Keine Nummer, keine Seite einer „kommunistischen“ Zeitung ohne blindwütige Hetze gegen die gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Klassenkämpfer. Es wird höchste Zeit, daß die KPD-Mitglieder den Schreiberlingen ihrer Zeitungen, den Soldknechten Moskau und anderer Stellen auf die schmierigen Finger klopfen.

Lieber ins Zuchthaus als in Sowjetrußland fliehen. Vor dem Landgericht II in Berlin stand der kommunistische Arbeiter Walter Guhl, angeklagt des Mordes in einem Falle und des versuchten Mordes in drei Fällen. In der Sache war bereits einmal gegen 22 Kommunisten verhandelt worden. Aus ihren Reihen sollten anlässlich eines Demonstrationstages gegen ein Nazi-verkehrslokal etwa 20 Schüsse abgegeben worden sein, durch die der Wirt tödlich und 3 Nazis schwer verletzt worden waren. Durch die Aussagen der angeklagten Kommunisten war der jetzt vor Gericht stehende Kommunist schwer belastet worden. Er war jedoch nach Rußland geflüchtet. Im Herbst vorigen Jahres stellte er sich dem Generalkonsulat in Moskau und bat um Rücktransport nach Deutschland. Er ziehe es vor, abgetrennt zu werden, als in Rußland zu bleiben. Bei den Fragen nach dem Grund seiner Rückkehr bewies Guhl eine bemerkenswerte Rücksicht. An seine Braut schrieb er aus dem Untersuchungsgefängnis: „Ich habe wenigstens mein Essen; das hatte ich in Rußland nicht.“ Guhl wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Allgemeine Rundschau

„Dürfen wir noch bauen? Diese Frage stellt sich eine vom Deutschen Verein für Wohnungsreform einberufene Kundgebung in Berlin. Die Referenten, die Herren Dr. Burgdörfer, Direktor beim Statistischen Reichsamt, und Bürgermeister Schwan, beantworteten nicht nur die Frage mit Ja, sondern auch mit dem Satze: Es muß gebaut werden!“ Besonders eingehend begründete Dr. Burgdörfer diese These, indem er sehr reiches und durchschlagendes Material vortrug, das mit jeder Ziffer die allerdinglichste Notwendigkeit des Zwanges zum Bauen zum Ausdruck brachte. Es kann nicht im entferntesten die Rede davon sein, daß kein Wohnungsbedarf mehr vorhanden sei. Bürgermeister Schwan setzte sich mit trefflichen Worten

Vorsicht! Gefahr!

Krankenwäsche desinfizieren! Bei der gegenwärtig überall grassierenden Grippe geschieht es in unüberröffener Weise durch

GEG-FAMOS
das selbsttätige Waschmittel aus Ihrem Konsumverein!



POLITISCHE ZEITNOTIZEN

Auch preußische Gemeindevahlen im März. Die Hitler-Hugenberg-Reaktion will die Fackelzugstimmung der Kurzsichtigen ausnutzen, um im Sturm sämtliche Bastionen zu erobern. Deshalb hat die kommissarische Preußenregierung für den 12. März für alle Gemeinden die Neuwahlen ihrer Parlamente angeordnet. — Mit einigen rechtlichen Auslegungskünsten soll auch der widerspenstige Preußen-Landtag aufgelöst werden, damit auch dieser neugewählt werden kann. Ueberall hofft die faschistische Reaktion die Mehrheit und so legal die Macht zu erringen. Es geht diesmal wirklich um die Entscheidung! Holt alle Kämpfer der Freiheit heran. Gegen Faschismus und Reaktion!

„Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen.“ So sprach der Reichskanzler Adolf Hitler am Schlusse des Wahlauftrufes der Reichsregierung. — Es bestätigt sich immer wieder der alte Erfahrungssatz, daß eine Regierung um so reaktionärer ist, desto öfter sie sich auf den Herrgott beruft. Herr Hitler hat sich in seiner ersten amtlichen Rede vor der Öffentlichkeit nicht weniger als dreimal auf den lieben Gott berufen. Dazu hätte beispielsweise Herr Brüning — der dem lieben Gott wahrhaftig näher steht als der oberste Führer der SA. — weit mehr Recht gehabt. Zumal die meisten der bisherigen Taten Hitlers weiß Gott keine gottgefälligen Werke sind. Sie charakterisieren sich wohl am besten in dem Solidaritätstelegramm Hitlers an die Mörder von Potempa: „Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils (bestialische Mörder wurden zum Tode verurteilt) fühle ich mich mit euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesen Augenblick an eine Frage unserer Ehre!“ — Dieser Mann ist heute Reichskanzler!

den auch ihren jetzigen Nationalheros beschimpfen, ist den neuen „nationalen Führern“ in der Hitze des Gefechts nicht aufgefallen.

Der agrarische und industrielle Wirtschaftsminister. Dieser vielfältig befähigt sein sollende Mann, der geheime Finanzrat und Beherrscher des Scherl-Konzerns, Dr. Hugenberg, ist jener Mann, der in die politische Geschichte der letzten Jahre nach einem Hindenburg-Wort als der „sture Kerl“ eingegangen ist. Er war der Gegenpol Hitlers in der Harzburger Reaktion. Beide leerten eine Zeitlang ihre Dreckschüssel übereinander. Heute sitzen die Nazis mit den Hugenbergzweigen in einer Regierung, trotzdem sie mehr als tausendmal verkündeten, daß für die Nazis eine Koalition mit „diesen Reaktionen“, mit „den feinen Herren“ nicht in Betracht käme. Minister Hugenberg ficht nun den Kampf, den bisher die Herren von Braun und Warmbold miteinander aufsuchten, mit sich allein aus. Da aber bei Hugenberg die Liebe zu den Agrariern die stärkere ist, werden die Industriellen und damit der größte Teil der Wirtschaft unter Hugenberg-Hitler am schlechtesten wegkommen. Das wird einen Krieg geben! Das Mißtrauen, das wir diesem Kabinett entgegenbringen, konzentriert sich im besonderen Maße auf Hitler, Hugenberg und Seldte, auf jene Drei, die für Wirtschaft und Soziales in erster Linie in Betracht kommen. Hitler ist der Inbegriff der politischen Reaktion, und Hugenberg der der wirtschaftlichen. Beide zusammen sind der allerdings ungleiche Januskopf der deutschen Reaktion.

Der neue Reichsarbeitsminister. Die Berufung des Stahlhelmführers Franz Seldte zum Reichsarbeitsminister ist für das RAM, als Abbau-Symbol zu werten. Nicht deshalb, weil Herr Seldte ein Likörfabrikant, ein Unternehmer ist — bei einer nationalpolitischen Regierung wie die Hitler-Hugenbergsche ist kein Arbeitervertreter als Arbeitsminister zu erwarten —, sondern Herr Seldte bringt für sein Amt nicht die geringsten fachlichen Voraussetzungen oder Kenntnisse mit. Er hat sich unseres Wissens nie mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt, ist nie als daran interessiert hervorgetreten. Tatsächlich ist er auch nur berufen in der Absicht, daß die Tariffragen sowieso vom Arbeitsministerium fortgenommen und dem Wirtschaftsministerium des Herrn Hugenberg überwiesen werden. Diese Absicht hat man einstweilen fallen gelassen. Der Protest aller Gewerkschaften dürfte ursächlich gewesen sein. Nun will die Regierung für das Tarifrecht eine besondere Abteilung schaffen. — Reichsarbeitsminister Seldte dürfte demnach nur die Funktion eines Abwicklungsministers haben, wofür er als Monarchist und Stahlhelmann über die nötigen Erfahrungen und Eigenschaften verfügen dürfte.

Spotten ihrer selbst, und wissen nicht wie. In dem, unverfälschten Hilterschen Geist atmen den regierungsmächtigen Wahlauftruf steht auch der innerlich völlig hohle Satz aus dem Repertoire der nazistischen Feilsbrücken: „14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert.“ Der Aufruf ist auch unterschrieben von Herrn von Pape, Frhr. von Neurath, Dr. Gürtner und Hugenberg. Von Pape hat 14 Jahre lang als Mitglied der Zentrumsparlei und ihr Abgeordneter den „Marxismus“ mitgemacht, v. Neurath war als diplomatischer Vertreter 14 Jahre lang für den „Marxismus“ tätig, Dr. Gürtner war ebenfalls Hugenbergs Partei saß während der 14 Jahre Marxismus drei Jahre führend in der Regierung. Ueberdies stehen von den „14 Jahren Marxismus“ nicht weniger als acht Jahre unter der Präsidentschaft Hindenburgs. — Daß die Unterzeichner nicht nur sich selber, son-

